



Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 1. März 2014

Grün, grüner, weiter...

Wir haben 2011 ein historisches Ergebnis bei der Bürgerschaftswahl erzielt. 22,5 % der Bremerinnen und Bremer haben uns ihr Vertrauen ausgesprochen. Das sehen wir als Bestätigung unserer Politik in den ersten vier Jahren der rot-grünen Koalition. Diesen Vertrauensvorschluss haben wir auch bekommen, damit wir in Bremen und Bremerhaven weiterhin eine nachhaltige Politik machen. Eine Politik, die die Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Kindeskiner sichert. Mehr als die Hälfte der Legislatur ist vorbei. Beiräte, Fraktion und SenatorInnen haben erfolgreich unsere grünen Inhalte vorangebracht. Laut einer im Januar durchgeführten repräsentativen Meinungsumfrage würden 17 % der wahlberechtigten Bremerinnen und Bremer uns ihre Stimmen geben. Angesichts der enormen Sparbemühungen ist das ein toller Wert, aber es ist auch noch Luft nach oben. Die Umfrageergebnisse zeigen uns, wo wir in den nächsten Monaten unsere Schwerpunkte setzen und unsere Anstrengungen verstärken sollten.

Grün haushalten

Bei allen Vorhaben gilt als Grundprinzip grüner Politik in Bremen: nachhaltiges Haushalten. Wie in den letzten bremischen Haushalten muss auch in Zukunft die Verringerung des Haushaltsdefizits vorangetrieben werden, um weiterhin Konsolidierungshilfen vom Bund zu erhalten. Dafür muss aber der Sanierungskurs fortgesetzt werden. Bisher konnten – durch politische Festigkeit in der Zielverfolgung und bei gesamtwirtschaftlich günstigen Rahmenbedingungen – alle Sanierungsziele eingehalten werden und trotzdem viele politische Schwerpunkte gesetzt werden. So werden wir es auch in den nächsten Monaten halten: Wir machen Finanzpolitik transparent und nachhaltig, dabei verringern wir – wie mit dem Bund vereinbart weiter das jährliche Defizit und damit die zukünftige Zinsbelastung.

Klima und Mobilität

Wir Grünen verstärken unsere Anstrengungen beim Klimaschutz und bei der Anpassung unserer Städte an den Klimawandel. Wir werden in diesem Jahr einen Vorschlag für ein Bremisches Klimaschutzgesetz vorlegen. Darin ist auch die Verpflichtung enthalten nachzusteuern, wenn die Klimaziele verfehlt werden. Es wird auch festgelegt, dass eine Anpassungsstrategie erstellt wird. Erste Maßnahmen sind die klimagerechte Gestaltung der Münchner Straße und das Nachpflanzen von Bäumen. Mobilität wird zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel umgesteuert. Die Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8 wird neu auf den Weg gebracht. Wir wollen mit der Uniroute und der Innenstadtroute zwei Vorrang- Fahrradroutes fertigstellen und weitere Fahrradstraßen ausweisen. Ein Fahrradbügelprojekt mit rund 1000 neuen Fahrradbügeln wird in diesem Jahr umgesetzt.

Bildung – von der KiTa bis zur Hochschule

Wir haben beschlossen, noch mehr in bessere Bildung zu investieren: durch mindestens 100 Plätze mehr für frühkindliche Bildung, durch 1 Million Euro mehr für Vertretungsstunden, durch den Einstieg in zusätzliche sieben Ganztagschulen und durch 5 Millionen Euro mehr für bessere Lehre an den öffentlichen Hochschulen, sowie 9 Millionen mehr für die Hochschulanerung. Wir sichern damit die

Unterrichtsversorgung verlässlich ab, setzen uns für den Erhalt von Schul- SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen ein und verbessern die Qualität der Lehre für die Studierenden. Den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag konnten wir dank enormer Anstrengungen erfüllen. Jetzt wollen wir die qualitative Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung angehen, insbesondere durch eine Ausweitung der Sprachförderung und eine bessere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule.

Gute Lebensbedingungen für Flüchtlinge im Land Bremen

Der vermutlich verstärkten Zunahme von Flüchtlingen wollen wir uns engagiert annehmen. Trotz aller Haushaltszwänge ist es uns bisher gelungen, die Flüchtlinge, die in den letzten Monaten zu uns gekommen sind, in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in Zelten unterzubringen. Dazu war viel Überzeugungsarbeit in den Nachbarschaften nötig, ebenso wie der besondere Einsatz unserer grünen Ressorts, um in Bremen und Bremerhaven angemessene Unterkünfte zu finden und einzurichten. Jetzt werden wir den Flüchtlingen, insbesondere den Kindern und Jugendlichen, eine Chance zur Integration geben. Das bedeutet vor allem Zugang zu Sprachkursen, zur Kindertagesbetreuung und zum Gesundheitswesen. Wir arbeiten dabei weiterhin eng mit den Beiräten, den "Runden Tischen" in den Stadtteilen und bürgerschaftlichen Initiativen zusammen.

Bau und Stadtentwicklung

Grüne bauen und planen anders. Wir setzen die schnelle Schaffung und von mehr Wohnraum und ein verbessertes Angebot an bezahlbarem sozialverträglichem Wohnraum fort z. B. im Büropark Oberneuland, der Gartenstadt Werdersee, im Hulsbergviertel, am Dedesdorfer Platz und am Willakedam. Wir werden konkrete Angebote für Baugruppen und Selbstnutzer, nachhaltiges Bauen und gemeinwohlorientierte Wohnformen schaffen. Wir vollenden noch in diesem Jahr unter umfangreicher öffentlicher Beteiligung die drei weit in die Zukunft reichenden stadträumlichen Programme: den Verkehrsentwicklungsplan 2025, das Landschaftsprogramm und den Flächennutzungsplan 2025.

Sozialen Zusammenhalt stärken, Armutsprävention vertiefen

Wir Grüne wollen den sozialen Zusammenhalt im Land Bremen verbessern. Wir setzen den Armuts- und Reichtumsbericht über die Entwicklung der Lebenslagen fort und stellen bisherige Instrumente gegen Armut auf den Prüfstand, um deren Wirksamkeit zu erhöhen. Um möglichst allen BürgerInnen soziale Teilhabe zu ermöglichen, entwickeln wir eine ressortübergreifende Strategie und ein Gesamtprogramm. Im Gesamtprogramm werden wir die Instrumente zur Abfederung von Armut weiterentwickeln, wie z.B. das Stadtticket, ein kostenloses Mittagessen und eine präventive Schuldenberatung, und Maßnahmen benennen, die zur Armutsprävention insbesondere im Rahmen von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, z.B. ein Budget für Arbeit, hilfreich sind.